

# Amer Tageblatt

Belegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Bestellungen entgegen. — Erscheint werktäglich. Druckerei: Anzeiger Nr. 25.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Bestellungen entgegen. — Erscheint werktäglich. Druckerei: Anzeiger Nr. 25.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 149

Dienstag, den 30. Juni 1925

20. Jahrgang

### Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort werden geräumt.

Düsseldorf, 27. Juni. Heute vormittag fuhr Mar-Mall Weiden wieder von Düsseldorf ab. Es verlautet, daß seine Anwesenheit im Ruhrgebiete vollständige Klarheit über die Methode der Räumung gebracht hat. Die Rückziehung der Truppen erfolgt etappenweise. Zunächst soll die Hochruhr, dann die Essener, danach die Mülheimer und zuletzt die Duisburg-Ruhrorter und Düsseldorf-Rone geräumt werden.

Paris, 28. Juni. Eine Mitteilung des „Temps“, die offiziellen Ursprungs zu sein scheint, bestätigt heute ausdrücklich, daß zugleich mit dem Ruhrgebiet die seit

dem Frühjahr 1921 besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort geräumt werden und die Zurückziehung der Truppen, für die alle Vorbereitungen nunmehr getroffen seien, spätestens bis zum 16. August beendet sein wird.

Düsseldorf, 27. Juni. Wie die XII. an zuständiger Stelle erklärt, hat die Räumung des besetzten Gebietes bereits begonnen. An der nördlichen Befragungsgrenze sind kleinere Truppenabteilungen aus ihren Quartieren abgerückt.

### Jahrtausendfeier in Mainz.

Mainz, 28. Juni. Die Kunstausstellung der Stadt Mainz, der die Idee zu Grunde liegt, in Verbindung mit der Jahrtausendfeier der Rheinlande die uralten Beziehungen zu betonen, die zwischen den Ländern am Rhein und dem übrigen Deutschland bestehen, wurde heute vormittag im Akademie-Saal des kurfürstlichen Schlosses feierlich eröffnet. Zu der Feier, mit der der prächtige Bau des kurfürstlichen Schlosses der Öffentlichkeit wieder übergeben wird und mit der gleichzeitig auch die Eröffnung der Jubiläumsausstellung des Gutenbergmuseums verbunden ist, war auch Reichskanzler Dr. Luther in Begleitung des hessischen Ministers Brenzano, des außerordentlichen Gesandten, bevollmächtigten Ministers von Hessen Erz. von Biegeleben, des Reichsdirektors des Reichsarchivs Dr. Riep und Ministerialrats Dr. Offermann hier eingetroffen.

Um 11 Uhr erfolgte sodann, nachdem der Reichskanzler vorher noch eine Abordnung der hessischen Weinbauern empfangen hatte, im Akademie-Saal des kurfürstlichen Schlosses die Eröffnung der Ausstellung, wobei Oberbürgermeister Dr. Müll den Reichskanzler mit einer herzlichen Ansprache begrüßte. Nach Vorträgen von Dr. Widenberg über „Die neue deutsche Zukunft“ und von Professor Dr. Kauff über „Mainz in der deutschen Kunst“ ergriß der Reichskanzler, von der Versammlung aufs lebhafteste begrüßt, das Wort, um Folgendes auszuführen:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich überbringe der Stadt Mainz und Rheinhessen, dem ganzen Lande Hessen, besetzt und unbefest, die besten Grüße des Herrn Reichspräsidenten. Ich schließe diesen Grüßen die Grüße der Reichsregierung und die aufrichtigen Wünsche für die Jahrtausendfeier an, die sich in Mainz am heutigen Tage vollziehen wird. Jahrtausendfeier! Das heißt, an dem ich heute teilnehmen kann, ist gestimmt auf die feinsten Töne der Kunst. Dieser herrliche Saal ruft alle feinsten Empfindungen des künstlerischen Mittelalters wach. Aus bereitem Munde haben wir soeben das künstlerische Werden von Mainz gehört. Aber größer noch und mit noch gewaltigerem Ton und Pochen sind doch die politischen Grundzüge unseres Lebens. Wir sind in unserer jetzigen so schwer laufenden Zeit nicht der Gefahr ausgesetzt, wenn wir von Volk und Vaterland sprechen, daß das zu einer gewohnten Übung wird. Sondern wenn wir heute uns zu Volk und Vaterland bekennen, dann ist es immer der gedämpfte Aufschrei eines Volkes in Not. Um dieses gestillt wird die Not da empfunden, wo für unser ganzes deutsches Vaterland die Lasten der Besetzung unmittelbar getragen werden.

Hier in Mainz, dem Mittelpunkt der dritten Zone, ist sicherlich der Vetter dieses Gemeinwesens besonders berufen, das Bekenntnis auszusprechen, daß wir alle eines Volkes sind, daß wir alle eines Vaterlandes sind, das untrennbar zusammen hält. (Bravo!)

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Ich verleihe Ihnen, daß das deutsche Volk, ich möchte sagen, in immer steigendem Maße davon durchdrungen wird, wie stark sein Schicksal verbunden ist mit dem Schicksal der Lande am Rhein. (Bravo!) Die Deutsche Regierung wird darum alles tun, was in ihrer Kraft liegt, um das Los, das den Landen am Rhein bereitet ist, zu mildern. All unser Arbeiten wird aber getragen werden von der einen großen Hoffnung, daß dem deutschen Volke und dem deutschen Reich eine wahrhaft glückliche Zukunft in nicht zu ferner Zeit wieder erwache. Darum nehme ich den Leitgedanken des Biedes auf, das wir jetzt singen wollen, und rufe als Wunsch und Bekenntnis „Frühling am Rhein!“

Den mit außerordentlicher Lebhaftigkeit vorgetragenen Ausführungen des Reichskanzlers folgte ihm immer wiederholender Beifall der Versammlung.

Die Festteilnehmer beschäftigten darauf eingehend die im kurfürstlichen Schloß und im Gutenberg-Museum untergebrachte Ausstellung.

### „Persönliche Motive“ in der Aufwertungsfrage.

Berlin, 27. Juni. In dem Kampf um die Aufwertungsfrage hatte der Hospitant der holländischen Arbeitsgemeinschaft Dr. West vor einiger Zeit erklärt, daß einige Abgeordnete sich in der Behandlung der Aufwertungsfrage von persönlichen Motiven leiten ließen. In der heutigen Sitzung des Aufwertungsausschusses des Reichstages bezeichnete Dr. West drei Reichstagsabgeordnete der Deutschnationalen und einen Abgeordneten des Zentrums mit Namen, und versuchte an der Hand von Briefen und unter Verlesung von Beweisstücken geschäftlichen Inhalts den Vorwurf zu substantiieren, daß diese Abgeordneten aus persönlichen Motiven gehandelt hätten. Die angegriffenen Abgeordneten wiesen mit Entrüstung diese Unterstellung zurück und legten ebenfalls ihre Gegengründe dar. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird dieser Vorgang im Ausschuss ein gerichtliches Nachspiel haben.

### Stresemann sitzt fest im Sattel.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei wird am Dienstag in Berlin zusammentreten, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Wie hierzu aus maßgebenden Kreisen der Deutschen Volkspartei verlautet, sind die Behauptungen, wonach innerhalb der Partei angeblich eine Gegenpartei gegen den Reichsminister Dr. Stresemann bestünde, vollkommen aus der Luft gegriffen.

### England gegen die Propaganda der Sowjet-Union in Asien.

London, 28. Juni. Der Staatssekretär für Indien Lord Birkenhead sagte gestern abend in einer Rede, als er über die fürchtbare Seuche des Bolschewismus sprach, vor einigen Tagen habe Chamberlain im Unterhaus die wichtige Erklärung abgegeben, daß die Unruhen in China durch Agenten eines anderen Landes genährt würden. Eine solche Äußerung aus dem Munde des Staatssekretärs des Auswärtigen könne nicht außer acht gelassen werden. Zweifellos werde eine Zeit kommen, wo sich die Engländer zu fragen hätten, ob sie wirklich hilflos einem Lande gegenüberstünden, das eine diplomatische Vertretung in London bestitze und das dessen ungeachtet nach dem Gehändnis seiner eigenen Führer in der ganzen Welt durch eine unermüdliche geheime Tätigkeit das Ziel der Verschwörung des britischen Reiches verfolge. Diese Äußerung Lord Birkenheads ist besonders bemerkenswert, da sich hier zum ersten Mal ein Kabinetmitglied in ähnlichen Gedankengängen bewegt wie sie vor einigen Tagen in der „Times“ und im „Daily Telegraph“ hinsichtlich der diplomatischen Vertretung Sowjetrußlands vorgebracht wurden.

### Ein politischer Racheakt.

München, 28. Juni. In Rosenheim wurde in der Nacht zum Sonntag der Nationalsozialist und ehemalige Gendarmeriekommandant Mann von drei der kommunistischen radikalen Partei angehörenden jungen Burden aus einem Lokal gelockt, überfallen und derart mißhandelt, daß er tot liegen blieb. Einer der Täter ist bereits festgenommen. Es handelt sich vermutlich um einen politischen Racheakt, da vor zwei Jahren ein Kommunist von Angehörigen der Reichsverbände ermordet worden sein soll.

### Neue Todesurteile in Bulgarien.

Sofia, 28. Juni. Nach einer Meldung des Regierungsblattes „Nietich“ hat das Kriegsgericht in Sano-foff die Kommunistenführer Ditschew, Kowinski, Gergoff, Kantardjef, Gabeff, Petkow und Silwinski zum Tode und 2250 000 Bewa Geldstrafe verurteilt. Sieben andere Kommunisten sind zu Kerker und 850 000 Bewa Geldstrafe verurteilt worden.

Der Militärassassationshof hat die Todesurteile gegen die Kommunistenführer in Tschapan Petkoff, Jwanoff, Kowatsch und Bluff bestätigt.

### Die Zollvorlage.

Von Dr. Müll, R. d. R.

Mit der jetzt beendeten ersten Lesung des Gesetzes über Zolländerungen und mit seiner Überweisung an den zuständigen Ausschuss zur Vorberatung hat der Endkampf um die wirtschaftlich außerordentlich entscheidungsvolle Frage der Abse eingeleitet. Ob die Entscheidung im Reichstag noch vor Beginn der Sommerpause fallen wird, ist mindestens zweifelhaft. Die Arbeitsmethoden des Reichstages sind schlecht, noch schlechter ist die Arbeitsdisziplin. Aber selbst wenn der Reichstag sich eine bessere Ökonomie in der Ausnutzung seiner Zeit angewöhnt hätte, wäre die Zollvorlage ein gesetzgeberischer Stoff, der eingehende und sorgfältige Behandlung erfordert. Bei früheren Zollvorlagen hat der Kampf monatelang angebauert und hat zu den stärksten innerpolitischen Spannungen geführt. Es wird diesmal kaum anders werden. Die bisherigen Aussprachen im Reichstag geben ja den entsprechenden Aufschluß.

Um was handelt es sich bei dieser Zollvorlage? Der jetzt geltende Zolltarif beruht auf dem Reichsgesetz vom 25. Dezember 1902. Durch das unter dem Zwange der Kriegsverhältnisse abgeschlossene System der Einfuhrregelung durch Einfuhrverbote wurde der Zolltarif seiner Eigenart als einer normalen Grundlage für den Handelsverkehr entleert. Vor allem aber ist der Zolltarif vom Jahre 1902 infolge der starken Wandlungen der Weltwirtschaft, der tiefgreifenden Veränderung der Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Wirtschaft, der Verschiebung des Verhältnisses zwischen Goldwert und Warenwert naturgemäß in seinem Aufbau und in seinen Sätzen veraltet. Eine Eingliederung Deutschlands in den Weltwirtschaftsverkehr ist aber ohne einen als Grundlage des Handelsverkehrs geeigneten Zolltarif nicht denkbar. Das gegenwärtige Gesetz bringt einen wirklich abgeschlossenen Zolltarif noch nicht. Dazu ist es nötig, die Auswirkungen der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse auf einen noch längeren Zeitraum zu beobachten, denn ein solcher Zolltarif soll ja aber der Regelung der Handelsbeziehungen auf längere Sicht dienen. Auf der anderen Seite gefordert es die gegenwärtigen wirtschaftlichen und handelspolitischen Verhältnisse nicht, den Tarif von 1902 bis zur Aufstellung eines abgeschlossenen neuen Tarifs unverändert zu belassen, vielmehr müssen die dringenden Fragen durch eine Zwischenmaßnahme geregelt werden, die wenigstens in den unumgänglich notwendigen Umfang den Zolltarif den veränderten Verhältnissen anpaßt. Dies zu erreichen, ist die Absicht des jetzt zur Beratung stehenden Gesetzes.

Der Gesetzentwurf konnte an der Tatsache nicht vorbegehen, daß die meisten wirtschaftlichen Wettbewerbsländer in der Nachkriegszeit ihre Abse oft um ein vielfaches erhöht haben. Frankreich war schon vor dem Kriege ein Hochschutzzollland, hat aber seine früher schon hohen Sätze auf das vier- bis sechsfache der Friedenshöhe gesteigert. Die Tschechoslowakei hat die Sätze des von ihr übernommenen alten Tarifs der österreichisch-ungarischen Monarchie verdreifacht, während Belgien einen neuen Doppeltarif eingeführt, dessen Minimalsätze z. B. für fertige und halbfertige Waren etwa das vier- bis sechsfache der früheren Sätze in Goldfranken betragen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß es unumgänglich ist, mit diesen Ländern auf Grund des geltenden deutschen Zolltarifs Handelsvertragsverhandlungen zu führen. Das Fehlen geeigneter Verhandlungsgrundlagen hat tatsächlich zu den ärgsten Schwierigkeiten geführt, und so ist die Anpassung des deutschen Zolltarifs an die veränderten Verhältnisse eine nicht zu bestrittene wirtschaftliche und handelspolitische Notwendigkeit.

So wenig man die Revision der Abse bestreiten kann, so stark werden die Meinungen über die volkswirtschaftliche Wirkung der vorgeschlagenen Abse auseinandergehen. Inmitten eines Ringes von schutzollnerischen, zum Teil hochschutzzollnerischen Ländern Deutschland als Freihandelsgebiet etablieren zu wollen, ist eine Unmöglichkeit. Der Schutz der heimischen Wirtschaft verlangt geschützten Schutzoll auf vielen Gebieten. Die Produktion des Auslandes hat in der Kriegs- und Nachkriegszeit eine gewaltige Steigerung erfahren. Viele Industrien sind im Ausland in der Zeit, in welcher der deutsche Wettbewerb gehemmt war, in einer Weise entwickelt und organisiert worden, die ihr einer schutzlosen deutschen Wirtschaft gegenüber eine vernichtende Stokkraft geben würde. Schutz der Lebensfähigkeit zu erhaltenden deutschen Produktion und Förderung der Ausfuhrmöglichkeiten, das müssen die beiden bestimmenden Grundgedanken bei der Aufstellung des Zolltarifs sein. Selbstverständlich darf der Schutzoll nicht zu einer unverhältnismäßigen Verteuerung der Ausfuhrwaren führen. Die Gegner der Zollvorlage fürchten eine solche Wirkung von den Getreideabse, um die sich deswegen der Kampf besonders hart entspinnt wird.

Die jetzige Zollvorlage führt Getreideabse in der Form von Mindestabse wieder ein. Die Mindestabse sollen bis zum 31. Juli 1926 für den Doppeltariff bei Roggen nicht unter 8 Mark, bei Weizen nicht unter 8,50 Mark, bei Gerste nicht unter 2 Mark und bei Hafer nicht unter 3 Mark betragen. Mit Wirkung vom 1. August 1926 an sollen diese Mindestabse auf 5 Mark, 5,50 Mark, 2,50 und 3 Mark erhöht werden. Die Regierung geht bei ihren Vorschlägen von der Ansicht aus, die landwirtschaftliche Produktion dadurch zu steigern, daß sie eine „gewisse Stetigkeit“ des Preisbildung durch einen Zoll-